

Danziger Volksstimme

Eingetragen Nr. 1. — Abh. — (Sonntags 1,50 Mk.)

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Postzahlung ins Haus monatlich 15.— Mk., vierteljährlich 45.— Mk., halbjährlich 85.— Mk., jährlich 160.— Mk. — Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die Doppelseite 5.— Mk., von auswärts 7.— Mk., Werbestandort u. Wohnungsanzeigen nach Bel. Tarif, die Doppelseite 15.— Mk., von auswärts 20.— Mk., bei Wiederholung Rabatt. — Ausnahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. — Expedition: Am Spandhaus 6. — Telephon 8290.

Nr. 103

Mittwoch, den 3. Mai 1922

13. Jahrgang

Eine Plenarsitzung der Genauer Konferenz.

Nach wochenlanger Pause findet heute wieder eine Plenarsitzung der Konferenz statt. Die Tagesordnung umfasst folgende Punkte: 1. Die Erörterung über die Resolution der zweiten Kommission (Finanzen) betreffend den vierten Punkt der Tagesordnung; a) Geldeumlauf, b) Zentral- und Emissionsbanken, c) Öffentliche Finanzen in bezug auf das Werk des Wiederaufbaues, d) Wertschwankungen, e) Organisation des öffentlichen und privaten Kredits. 2. Beratung der von der 4. Kommission vorgelegten Resolution über Transportfragen.

Der Führer der französischen Abordnung Barthou ist gestern vormittag mit seinem Kabinettschef Lamirault nach Paris abgereist.

Uneinigkeit über das Memorandum an Rußland.

Die Entente-Diplomaten haben an der den Russen zu übermittelnden Denkschrift tagelang gearbeitet. In letzter Stunde ist es dabei aber zu einem Bruch zwischen der Mehrheit der Vertreter unter der Führung Englands einerseits und Frankreich und Belgien anderseits gekommen. Frankreich und Belgien haben die Denkschrift nicht unterzeichnet, da sie ihnen nicht scharf genug gehalten war. Lloyd George hat mit den Franzosen wegen dieses neuen Sabotageaktes eine heftige Auseinandersetzung gehabt. Die französische Abordnung erklärte aber, daß sie nicht unterschreiben könne, bevor nicht der französische Ministerrat zugestimmt habe. Der Einspruch Belgiens ist von Frankreich veranlaßt worden. Es wurde beschlossen, daß wegen der Unmöglichkeit der Ententevertreter die Denkschrift nur vom Präsidenten der Kommission de Facto unterzeichnet werden soll.

Die Denkschrift enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen: Die russische Regierung verpflichtet sich, revolutionäre Bewegungen in anderen Staaten nicht zu unterstützen. Sie erkennt die öffentliche Schuld an die verschiedenen Regierungen an. Die Mächte gewähren einen Zahlungsausschub auf Kapital und Zinsen. Die Alliierten übernehmen keine Haftung für Schäden der Gegenrevolution. Die Herabminderung der russischen Kriegsschulden soll innerhalb eines allgemeinen Abkommens der Alliierten über die interalliierten Schulden erfolgen. Die Sowjetregierung erkennt die Schulden der verschiedenen russischen Regierungen gegenüber Ausländern an! Sie verpflichtet sich, mit den Vertretern der Inhaber russischer Papiere ein Abkommen über die Wiederaufnahme des Anleihegeschäftes zu treffen. Wenn dieses Abkommen nicht zustande kommt, wird die Entscheidung ein gemischtes Schiedsgericht von den Vertretern der Inhaber russischer Papiere, der russischen Regierung und einem vom obersten Gerichtshof Amerikas eingesetzten Vorsitzenden übernehmen. Die russische Regierung verpflichtet sich zur Rückgabe ausländischen Kapitals oder zur Kompensation. Ueber die Form der Kompensation hat ein Schiedsgericht zu entscheiden, das aus einem Vertreter der russischen Regierung und derjenigen Nation besteht, der der betreffende Eigentümer angehört. Schließlich bestimmt das Memorandum, daß die russische Regierung Anordnungen zum Schutze der Ausländer zu treffen hat. Den Russen ist zur Beantwortung des Memorandums keine bestimmte Frist gestellt worden.

Das Memorandum wurde gestern abend den Russen überhandt unter Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung der französischen und belgischen Regierung.

Das internationale Konfortium.

Der Privatsekretär Lloyd Georges erklärte den Pressevertretern über das Fortschreiten der Verhandlungen zur Bildung eines internationalen Konfortiums, das unvermeidlichen Ländern mit Kapital zu Hilfe kommen soll, daß das Organisationskomitee seine Vorarbeiten abgeschlossen hat. Dem Gründungskomitee, dem England, Italien, Frankreich, Belgien, Deutschland und Japan angehören, haben sich inzwischen noch Kanada, die Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden, die Schweiz und Spanien angeschlossen, und zwar mit folgenden Zeichnungen: Kanada mit einer Million Pfund Sterling, die übrigen Staaten mit je einer halben Million Pfund. Die anderen Mächte, die sich verpflichtet haben, 20 Prozent der Gesamtsumme zu zeichnen, werden sich

mit je 8 Millionen Pfund Sterling beteiligen. Falls Amerika beitreten würde, soll dessen Beitrag außerhalb der ursprünglich festgesetzten Summe eingezogen werden. Nach Ansicht englischer Finanzleute wird es mit dem Kapital des Konfortiums möglich sein, größere Finanzoperationen in allen bedürftigen Ländern Europas einzuleiten.

Poincarés Hoffnungen.

Paris, 2. Mai. Dem Pariser Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ zufolge sagte Poincaré gestern vor Vertretern der britischen Presse, er hoffe, daß der Tag niemals kommen werde, wo Frankreich dazu getrieben werde, zu einer isolierten Aktion zu schreiten. Er habe keinesfalls den Wunsch, die Genueve Konferenz zu sabotieren, wie gewisse Blätter behauptet hätten. Was Rußland betreffe, so werde Frankreich in der Frage der Vorkriegsschulden fest bleiben. Hinsichtlich der tatsächlichen Kriegsschulden sei er jedoch für Zugeständnisse. Poincaré sagte außerdem, er sehe keine Notwendigkeit, den Obersten Rat vor Ende Juni zusammenzuberufen. In diesem Zeitpunkt würden die Alliierten in der Lage sein, endgültig zu wissen, ob Deutschland innerhalb der ihm gewährten Zeitgrenze (31. Mai) beabsichtige, die Entscheidung der Reparationskommission anzunehmen.

Eine folgenschwere Demonstration vor dem Berliner Rathaus.

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde eine neue Magistratsvorlage über die Lohnerhöhung, Manteltarif und Erhöhung der Gas-, Elektrizitäts- und Fahrpreise der Straßenbahn beraten. Die Arbeiter der städtischen Betriebe hatten in der Mittagsstunde zum größten Teil ihre Betriebe verlassen und waren, nachdem sie Versammlungen abgehalten hatten, um für ihre Lohnforderungen und gegen die Ablehnung des letzten Schiedsspruchs durch die Stadtverordnetenversammlung zu demonstrieren, geschlossen vor das Rathaus gezogen. Gegen 8 Uhr war die Gegend um das Rathaus in wettem Umfange von den Demonstranten besetzt. Es wurden Reden gehalten, und schließlich gegen 7 Uhr versuchten die Demonstranten, die Polizeikette zu durchbrechen und in das Rathaus gewaltsam einzudringen. Die Schutzpolizisten griffen mit gezogenem Säbel ein. Dabei wurden etwa 10 Personen verletzt. Die Verwundeten wurden ins Rathaus getragen. Einige von ihnen mußten Krankenhäuser geführt werden. Schließlich griff Polizeipräsident Genosse Richter persönlich ein, und seinem Zureden gelang es, die Menge schließlich zu beruhigen. Gegen 10 Uhr abends zogen die Demonstranten ab.

Als die Zusammenstöße vor dem Rathause in der Stadtverordnetenversammlung bekannt wurden, bemächtigte sich der Unabhängigen und Kommunisten eine ungeheure Erregung, so daß der Vorsteher die Sitzung unterbrechen mußte. Nach Wiedereröffnung der Sitzung gaben die verschiedensten Stadtverordneten Erklärungen ab, und es wurde die Beratung fortgesetzt. Die Magistratsvorlage wurde mit 101 gegen 92 Stimmen angenommen. Unabhängige und Kommunisten drohten in der Versammlung an, morgen die städtischen Arbeiter wegen der Vorgänge vor dem Rathause zum Generalstreik aufzufordern.

Nachklänge zur Maifeier.

Eine Fahnenprovokation in Leipzig.

In Leipzig kam es anläßlich der Maifeier vor der Universität zu einem Zwischenfall. Als die auf der Universität aufgelegte schwarz-rot-goldene Flagge heruntergeholt und durch die Universitätsfahne ersetzt wurde, erblickte ein Teil der Demonstranten darin eine Provokation. Die Universitätsfahne wurde heruntergeholt und in Fegen unter die Menge geworfen, welche darauf versuchte, in den Hof der Universität einzudringen, der aber von einem Aufgebot von Schutzpolizisten gesperrt war. Es gelang der Polizei, die Menge zurückzudrängen. Nach dreistündiger Belagerung war die Universität wieder frei.

Ein ernstes Zwischenfall in Mainz.

Bei dem Maifeierumzug hat sich ein ernsthafter Zwischenfall ereignet. Ein Automobil der interalliierten Rheinkommission mit dem Chef der ameri-

kanischen Geheimpolizei sowie einem amerikanischen Chauffeur waren auf der Verfolgung eines Kraftwagenführers begriffen. Auf der Rheinfurth fuhr das Automobil mitten durch den Maifeierzug. Die Menge, die durch dieses rücksichtslose Fahren sehr aufgebracht wurde, forderte den Chauffeur auf, zu halten. Der Chauffeur zog aber einen Revolver und drohte zu schießen. Ein junger Mann versuchte, dem Amerikaner den Revolver zu entreißen. Dabei entlud sich die Waffe. Der Amerikaner wurde am linken Unterarm verletzt. Die Menge, welche glaubte, daß der Amerikaner geschossen habe, hieb auf den amerikanischen Geheimpolizisten mit Säbren und Stöcken ein, so daß er verletzt wurde. Die Polizei mit Hilfe besonnenen Arbeiterführer stellte die Ordnung wieder her. Aus den Vernehmungen der französischen Polizei geht unzweifelhaft hervor, daß die Schuld an dem Vorfall auf das rücksichtslose Fahren des Automobils durch die Menge hindurch zurückzuführen ist.

Wie 1914 gelogen wurde.

Die Nationalistenpresse, voran natürlich auch die „Danziger Neuesten Nachrichten“, bringen in diesen Tagen lange Berichte über den Prozeß, den der ehemalige Sekretär Kurt Eisners gegen seine Verleumdung angestrengt hat. Die Nationalistenpresse benutzt die Gelegenheit, um den ermordeten Eisner als Schuldigen am Frieden von Versailles hinzustellen, weil er angeblich der Entente mit seinen Dokumenten-Veröffentlichungen Material geliefert haben soll. In Wirklichkeit handelt es sich um eine wahrheitsgetreue Veröffentlichung von Tatsachen, die allerdings die kaiserliche Regierung schwer belasten. Die Schuld Eisners wird nach den Prozeßberichten der bürgerlichen Presse aber dadurch bewiesen, daß einige feudale Zeugen im jetzigen ihre persönlichen Ansichten zum besten geben. Die Tatsachen aber, die im Prozeß aufgedeckt werden, verschweigt die bürgerliche Presse.

Tatsächlich ergab die bisherige Verhandlung, daß es in der wilhelminischen Diplomatie üblich war, sich eine „doppelte Buchführung“ zu gestatten, d. h. neben dem amtlichen Bericht private Informationen weiterzugeben. Einen derartigen Bericht hat der Vertreter des Privatklägers gestern vorgelesen, um den Beweis zu erbringen, daß

der bayerische Gesandte in Berlin dem bayerischen Ministerpräsidenten klar die Anweisung erteilt hat, wie man im höheren Interesse zu lügen hat, um die Kriegsschuld voll und ganz von Deutschland abzuwälzen.

Die bayerische Regierung ist dieser Anweisung, wie ein Artikel der „Staatszeitung“ beweist, prompt gefolgt. Es handelt sich um ein Schreiben des bayerischen Gesandten Grafen Verchenfeld an den Ministerpräsidenten in privater Form, ohne Aktenzeichen und Nummer, in dem es heißt:

Berlin, den 9. Dezember 1914.

Das französische Gelbbuch liegt hier noch nicht vor. Die Zeitungen haben aber bereits Auszüge gemacht. Der „Matin“ erwähnte eine Unterredung zwischen Em. Erzellens und dem französischen Geschäftsträger Millec, die auch in deutschen Zeitungen behandelt wird. Nach dem „Matin“-Auszug hatten Em. Erzellens Herrn Millec gesagt, daß Ihnen das österreichische Ultimatum bekannt sei. Nach dem „Berliner Tageblatt“ haben Ihre Mitteilungen gelautet, daß das Ultimatum Ihnen in seinen Hauptzügen bekannt sei und daß Sie die Lage für ernst hielten. Ich lege die erwähnten Auszüge sowie einen Auschnitt aus der „Times“ in der Anlage bei. Heute hat Graf Wedel auf die Note bemerkt, daß diese Zeitungsmeldungen hier großes Aufsehen erregt hätten. Das Auswärtige Amt habe allen Staaten gegenüber in der Öffentlichkeit immer daran festgehalten, daß Ihnen das österreichische Ultimatum vor seiner Uebersetzung in Belgrad nicht bekannt gewesen ist. Dieses Gebäude, das für die Stellung des Reiches seinem jetzigen Feinde gegenüber wichtig sei, würde durch die Neuherung Em. Erzellens an Herrn Millec, wenn sie unwiderlegt bleibt, umgestürzt. Nun wurde mir aus den Akten bekannt, daß Em. Erzellens durch den Bericht des damaligen Geschäftsträgers Herrn von Schön vom 18. Juli laufenden Jahres, Nummer 386, den wesentlichen Inhalt der österreichischen Ultimatsnote ersehen hätten. Schön hat aber in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß Deutschland behauptet werde, es sei von der österreichischen Aktion ebenso überrascht worden wie alle anderen Mächte. Dabei muß es selbstverständlich bleiben, und es muß auf alle Fälle bestritten werden, daß Em. Erzellens den Inhalt des Ultimats vor seiner Uebersetzung gekannt haben. Denn, wie der „Matin“ sagt, es kann nicht angenommen

Aus dem Ofen.

Die Konjugationsaffixe/Höbewegung im Dts.

Aus dem (oben) erwähnten Jahressbericht des Reichs-
des öffentlichen Konsumvereins für 1901 ist zu ersehen, daß
auch in Konsumgenossenschaftsbewegungen in den deutschen
Provinzen sich einer recht guten Entwicklung erfreut. In
dem Verbandsgebiete gehören die Provinzen Brandenburg,
Pommern, Preussisch-Ost- und Westpreußen, und in die
aufgenommenen Gebiete genau auch den Provinzen aussein-
angerechnet, so daß jeder Interessent auch die Entwicklung
des einzelnen Gebiete verfolgen kann. Die Anzahl der dem
Verbande angeschlossenen Konsumgenossenschaften ist von 120 auf 144
gestiegen, von denen zwei Genossenschaften als "Produktions-
genossenschaften" besonders behandelt wurden. Die Mittels-
bericht der angeschlossenen Konsumgenossenschaften ist von
278 186 auf 394 947 gestiegen. Nach Berufen gruppiert,
verteilen sich die Mitglieder auf 12 228 selbständige Gewerbe-
treibende, 4437 selbständige Handwerker, 17 180 Angehörige
kleiner Betriebe und Beamte, 730 106 gewerbliche Arbeiter und
Angestellte, 11 878 landwirtschaftliche Arbeiter und
Angestellte und 27 728 Personen ohne bestimmten Beruf. Die
prozentual höchste Zunahme mit 45,2 Prozent weist die Be-
amtengruppe, die nächsthöhere mit 20,5 Prozent die der land-
wirtschaftlichen Arbeiter auf; nur um 4,1 Prozent liegt die
Mitgliedszahl der gewerblichen Arbeiter, während selbstän-
dige Handwerker um 20,8 Prozent zunehmen. Der Waren-
umsatz im eigenen Geschäft liegt am 90,4 Prozent; und
gerar von 258 948 127 Mark auf 402 901 691 Mark, die in 524
Verteilungsstellen (504) erreicht wurden. In 23 Genossen-
schaften wurde die Warenherstellung betrieben und insgesamt
ein Produktionswert von 91 593 458 Mark erzeugt. In der
Warenherstellung wurden beschäftigt 3378 Personen und in
der Warenverteilung 658 Personen. Die Bilanzien schließen
insgesamt mit 141 327 004 Mark ab. Die trügliche Entwick-
lung der Konsumgenossenschaften im deutschen Osten, die in
erster Linie durch den Jahressbericht des Verbandes
für 1901 festgestellt wird, dürfte auch die west Hernehenden
veranlassen, sich den bestehenden Konsumgenossenschaften an-
zuschließen und dort, wo solche noch nicht vorhanden sind, zum
Nutzen der Bevölkerung und zur Bekämpfung der Aus-
ruhrung der Bevölkerung durch den Handel sie ins Leben zu
rufen.

Witten. In den Ausstand getreten sind gestern früh die Stöltinger Malergehilfen, etwa 50 an der Zahl. Die Gehilfen erhielten bis der 12. März die Stunde. Ihre Forderungen kumulierte auf 16 Mark. Die Meister wollten nur 12,50 Mark zugesprochen.

Marienwerder. Der Eisenbahnwechselverkehr auf der Strecke Marienwerder—Schmettau ist vom 1. Mai ab wegen seiner Unwirtschaftlichkeit eingestellt und vom gleichen Tage ab ein Pendlerversch zwischen Marienwerder und Reuböfen eingerichtet worden.

Königsberg. Minenfußarbeiten in der Ostsee.
Am 30. April ist eine deutsche Minenfuß-Tramierflottille, die aus 17 Minenfußbooten und 5 Torpedobooten besteht, in die Ostsee gegangen, um dort die Säuberung des Meeres von Minen zu Ende zu führen.

Ausgaben. Streikpostenreihen mit Gefäng-
nis bestraft. In einer Strafsache gegen einen Arbeiter
Posnien und Gen. hat das Schöffengericht wie folgt ver-
urtheilt: Am 8. März früh hand der Angeklagte mit etwa
12 bis 14 Berufskollegen Streikposten. Ein Arbeitswilliger
wollte zu der Firma Wöhe in Arbeit gehen. Die Streik-
posten ließen darauf hin, daß sie sich im Streik befänden. Sie
ließen ihn nicht durch. Der Streikbrecher ging nun auf den
Fahrdamm hinunter. Die Streikposten, außer dem An-
geklagten Posnien, folgten ihm und verpörrten ihm auch
hier den Weg. Einer der Streikposten vertheilte ihm einen
Faustschlag ins Gesicht. Die ganze Beteiligung des An-
geklagten Posnien befand also darin, daß er sich unter den
Streikposten befand, die dem Streikbrecher auf dem Fähr-
damm den Weg verpörrten. Trotzdem P. noch völlig unbe-
straft und seine Beteiligung eine sehr geringfügige gewesen
ist, erkannte das Schöffengericht auf eine Gefängnisstrafe
von einem Monat. Die Umwandlung in eine Geldstrafe
lehnte das Gericht ab, weil durch sie der Strafzweck nicht
erreicht würde. Es wäre anzunehmen, daß die Geldstrafe
nicht von dem Angeklagten, sondern von einer Organisation
gezahlt würde. Das Gericht hat also damit zum Ausdruck
gebracht, daß für Angehörige einer Gewerkschaft das Gesetz
über die Umwandlung von Freiheitsstrafen in Geldstrafen
keine Anwendung findet. Es ist selbstverständlich, daß gegen
ein solches Urteil Berufung eingelegt wird.

Rejeris. Automobil-Schmuggel. Vor der hiesigen Strafkammer hatten sich einige Berliner Automobilhändler und ihre Helfer wegen Vergehens gegen die Außenhandelskontrolle zu verantworten. Der verstorbene Präsident der Handelskammer in Posen, Vendomski, hatte es unternommen, im großen Maßstabe deutsche Automobile über die polnische Grenze zu schmuggeln und sich zum Ankauf der Wagen des früheren Staatssekretärs Surdus bedient. Im November 1920 kaufte er einen Mercedeswagen in Berlin und ließ sich eine Fahrerlaubnis von dem Berliner Polizeipräsidenten nach Pirnbaum beschaffen, wobei überhört wurde, daß Pirnbaum schon zu Polen gehörte; der deutsche Grenzbeamte in Bierzebaum ließ also den Wagen passieren. Ebenso gelang es in einem zweiten Falle. Im Oktober 1921 gelang es, den Schmuggel aufzudecken. Vendomski hatte wieder einen Wagen in Berlin für 20 000 Mark kaufen lassen. Um ungehindert über die Grenze zu kommen, wurde ein gefälschtes Schreiben des Finanzministers benutzt. Trotzdem wurde die Schiebung aufgedeckt. In der Prozeßverhandlung wiesen die Verteidiger der Angeklagten nach, daß die mangelhafte Grenzkontrolle die Hauptschuld an den Vorkommnissen trage. Das Gericht verurteilte Surdus zu 6 Monaten Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe.

Stettin. Ein Vorstoß der Mäcker. Von rechtsgerichteten Kreisen wird gegen die beiden evangl. Geistlichen Oberlein und Buchholz von der Gertrudengemeinde ein Kampf geführt, der bereits dazu geführt hat, daß den beiden Geistlichen jede parramtliche Thätigkeit untersagt ist. Angeblich soll das Fehlen eines Predigers bei dem Gottesdienst am Karfreitag den Anstoß zu dem Vorgehen gegeben haben. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß Pfarrer Oberlein vom Konsistorium für diesen Tag ausdrücklich Urlaub erhalten hatte und sich auf einem Ausflug mit seiner Frauvereiniung befand. Pastor Buchholz aber, der die Predigt am Karfreitag halten sollte, erkrankte plötzlich.

Ch. Das zuständige Bismarckamt beauftragt Sie, Herr Schulz, aus die beiden jetzt verstorbenen Wärrner Lehnmannen, aus an ihre Stellen politische Stellungs-gewinnung zu erklären. In einer großen Versammlung der Arbeiter der Gemeinde wurde gegen die Bismarckische Forderung protestiert.

Stamm. Von Stabschefen erlitten. Zwei
Stamm, die 15 das Gefäß gefangen und unentgeltlich ge-
bracht hatten, brachten ebenfalls 9 und 10 Uhr in den
Hallen des Hauptmanns Aufbruch im Sälen, um 12 zu
werden. Der Hauptmanns Befehl wurde von einem
der Hefen durch einen Befehl (sicher verlegt). Er
wurde in das Gefäß zu Stabschefen eingeliefert, wo er
verstarb 17.

Bewerkschaftliches.

Die Ungewerlichkeits- der U.S.S.R.-Wertpapiere

zeigt auf eine neue Vorgang, der sich bei der Delegiertenwahl am Gewerkschaftstagesrat in der Nationalen Vertik des Metallarbeiterverbandes abgespielt hat. Die Generalversammlung in ihrer Mehrheit und Anhängern der USPD und SPD. bestehend, hat für die Wahl der Delegierten zum Delegierten Gewerkschaftstagesrat je 10 Kandidaten dieser beiden Richtungen aufgestellt.

Die Rolle des Berliner unabhängigen Metallarbeiters bei dieser Wahl ist eine fassliche. Ihre ganze Fächerlichkeit tritt aber erst bei der Betrachtung der Vorgänge in der Zeitrechnung, die sich in den letzten 14 Jahren abspielten, im Herbst 1920 nach der Spaltung der Unabhängigen Partei wurde die Kommunisten in Halle machten die Kommunisten den Versuch, die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes in ihre Hände zu bekommen. In ihrer Unwissenheit erbat die Unabhängigen damals Schutz und Hilfe bei der SPD-Fraktion. Es kam ein förmliches, von den Führern der beiden Richtungen unterzeichnetes Handwörterbuch-Dokument zustande. Der erhaltene am Festigkeit dieses übersteigende Kampf um die Berliner Ortsverwaltung wurde dann unter der Parole Moskau oder Amsterdamb zwischen unserer und der kommunistischen Fraktion ausgetragen. Die Unabhängigen waren völlig außerzwecken und spielten absolut keine Rolle. Robert Dittmann, der höchstvertraulich in die Briefe sprang, mußte damals im Namen der „Neuen Welt“ einige hundert der UEP. treue Gefolgsleute Anhänger. Im Wahlkampf unterlagen damals die Kommunisten dank der sozialdemokratischen Hilfeleistung der Unabhängigen. Diese erkannten in einer Aufstellung der noch in ihr lebenden Ehrlichkeit dankbar das Verdienst, man könnte sagen, die Selbstaufopferung der SPD. an. Die Wut der Kommunisten äußerte sich seitdem in einem mit den schmutzigen Mitteln geführten Selbstzug gegen die Unabhängigen in der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Zur gleichen Zeit und mit denselben Mitteln kämpfen die Kommunisten damals und heute noch systematisch gegen die freien Gewerkschaften an. Ihr Ziel war die Ausfittierung der Gewerkschaften gemäß einem Auftrag der kommunistischen Partei. In der Abwehr dieser moskowlässigen Machterlässe befanden bisher zwischen der U.S.P. und der S.P.D. keine Meinungsverschiedenheiten. Das scheint jetzt anders zu werden. Die U.S.P. verlengnet ihre bisherigen gewerkschaftlichen Grundsätze und damit Amsterdam, Sie läßt jenen Elementen die Steigbügel, denen für die Ausübung ihres Mandats die verächtlichsten 21 Punkte maßgebend sind. Aus der ewigen Angst vor der kommunistischen Konkurrenz lehren die Unabhängigen ein Zusammengehen mit unseren Parteigenossen gegen die kommunistischen Gewerkschaftszersplitterer ab. Die Folge dieser feigen, verräterischen Haltung wird wahrscheinlich in Berlin die Niederlage der unabhängigen Kandidatenliste für die Delegierten der Metallarbeiter zum Gewerkschaftskongreß sein. Damit hat dieser komische Streich für Amsterdam den Moskauer 16 Mandate in die Hände gespielt.

Gewerkschaftslongrechnungen im Buchbinderverband. Die Zahlen der Delegierten zum Gewerkschaftslongreß haben im Verband der Buchbinder eine überwältigende Mehrheit für die Liste der SPD. gebracht. Während von 44 000 an der Wahl beteiligten Mitgliedern die empfohlenen SPD-Kandidaten 17 000 bis 22 000 Stimmen erhielten, brachte es die KPD. nur auf 7—9000 und die USP. auf —10 000 Stimmen für ihre Kandidaten. Da das ganze deutsche Heimg einen Wahlbezirk bildet, wurden somit alle sechs Kandidaten der SPD. glatt gewählt.

Die Aussperrung der Banarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hat an Umfang erheblich zugenommen. Es sind weit über 2000 Banarbeiter außer Arbeit gesetzt. Mit Rücksicht auf die empfindlichen Schädigungen, welche die Aussperrung bei längerer Dauer dem Wohnungs- und Siedungsbaa im Westen zufügt, hat das Reichsarbeitsministerium beschlossen, Einigungsverhandlungen zwischen den streikenden Parteien einzuleiten. Der Minister hat eine Konferenz der Vertreter der Arbeitgeber und der angepörrten Banarbeiter zwecks Aufhebung der Sperre und Regelung der Lohnverhältnisse einberufen.

Mus aller Welt.

Jugendliche Raubmörder. Ein Kapitalverbrechen ist in Graz verübt worden. In der Wohnung der 44 jährigen Musiklehrerin Saleria Lobenstein erschienen zwei junge Leute und gaben vor, Unterricht nehmen zu wollen. Wüthend überfielen sie die ahnungslose Frau und schlugen ihr mit einem Totschläger mehrmals auf den Kopf. Als die Lehrerin unter der Wuth der Schläge zusammengebrochen war, brühten sie ihr gewaltsam den Brustkorb ein, brühten ihr mit einem scharfen Messer einen Herzstich bei und schütteten dann noch der Ueberfallenen die Kehle durch. Nach der Bluttat raubten sie das vorhandene Geld und eine wertvolle Brillantbroche und verzeigten angelächelt der Leiche einen großen Rücken. Der Polizeibehörde gelang es, bereits am nächsten Tage die Verbrecher zu verhaften. Es handelt sich um den Sohn eines Gerichtsbeamten und um einen gewissen Theodor Buchner, die beide erst 16 Jahre alt sind. Die Mutter Buchners wurde unter dem Verdacht der Mithülfschaft gleichfalls in Haft genommen.

Ein moderner Hexenprozeß. Das Bezirksgericht Appenzell in der Schweiz hatte sich mit einem Falle vermeintlicher Hexerei zu befassen. Ein Bauer hatte einen anderen, weit von erherem weg wohnenden Verursachenden der Hexerei beschuldigt, und zwar beauftragte er ihn, ihm die

Wegen Mangel an Raum können wir nicht alles mitteilen. Der Hauptbesitz der Gesellschaft ist das Geld als wichtigste Bekräftigung von den Mitgliedern. Auch von den Schenkungen stellt der Bauer seine Bekräftigungen aufrecht. Nicht eine herrliche Äußerung oder innere Mittel, sondern durch Sympathie (Weisheit) sollte der Bauer sein Geld erhalten haben. Das Gefühl besaß, eine so schwere Erkrankung mit der hoch aufliegenden Weisheit von 200 Brl. zu belegen und bei der abermaligen Weisheit außerdem den Verstand mit 50 Franken zu entschädigen.

Seine eigene Frau ermordet. Der 30 Jahre alte Schlosser Max Meißner in Berlin hat am Sonntag früh, wahrscheinlich in einem Anfall von Geisteskrankheit, seine eigene Frau im Bett ermordet. Meißner ersticht gegen 6½ Uhr früh am dem Bettgestelle und machte dort selbst die Anzeige. Er führte dabei aber so wirre Redensarten, daß sich Beamte sofort zur Nachprüfung seiner Angaben sogleich nach seiner Wohnung begaben. Hier fanden sie die Ehefrau, die zwei Jahre jünger als ihr Ehemann war, tot im Bett liegend. Fingerabdrücke am Hals zeigten, daß der Mann ihr die Kehle eingedrückt hatte. Die Leiche wurde beschlagnahmt und der Mann in Haft gehalten.

Museums-Einbruch. Ein unbekannter Dieb erbeutete bei einem Einbruch in das Brandenburg-Museum die Preußische Kunstsammlung, die einen Wert von über 800 000 Mark darstellt. Es befindet sich eine Rembrandtsche Kreuzabnahme Christi darunter.

Ein Erbstück hat auf einer Strecke von mehr als 50 Metern bei der Gräbe Anna-Mathilde bei Galle den Eisenbahnsperer der Gantbahn Lübbenau-Ramens unterbrochen. Der Personenverkehr wird durch Umfahrungen aufrecht erhalten.

Vollständig niedergebrannt ist die Fett- und Oelfabrik von W. Evert in Hof a. d. Saale mit großen Warenvorräten infolge Ueberlaufens eines Kessels mit jener gefährlichem Inhalt.

Ein Millionendiebstahl. Die angehende Hausangestellte Helena Gabal, die sich bei dem künftigen Oskar König in Neu-Bladow in Stellung befand, entwendete ihrer Dienstherrschaft Schmuckfachen im Werte von etwa zwei Millionen Mark und verschwand mit ihrer Beute spurlos. Das Mädchen war erst vor einigen Tagen zugezogen und polizeilich noch nicht gemeldet. Allem Anschein nach führte es solche Papiere bei sich.

Fünf Gasvergiftungen in einem Kinderheim. Eine furchtbare Katastrophe hat sich in Neumünster zugetragen. In sechs Betten des städtischen Kinderheims waren für die Nacht die gleiche Zahl Knaben und Mädchen im Alter von ein bis drei Jahren untergebracht. Als die auffuchsführende Pflegerin gestern morgens den Raum betrat, bemerkte sie im Raum einen starken Gasgeruch. In ihrem Entsetzen stellte sie fest, daß bereits fünf Kinder durch Gasvergiftung den Tod gefunden hatten. Das Unglück ist durch einen schodhaften Gashofen entstanden.

Drei Arbeiter durch Stolleneinsturz getötet. In Chur in der Schweiz stürzte ein Stollen des Bündener Kraftwerkes auf einer Strecke von zehn Meter ein. Mehrere Arbeiter wurden verschüttet. In mühevoller Arbeit gelang es, mit einem Eisentroß eine Verbindung mit sieben Verschütteten im Stollenende herzustellen und sie nach langwieriger Rettungsarbeit lebend zu befreien. Drei Mann liegen unter den Schuttmassen und sind jedenfalls tot.

Ein geschäftslüthtiger Prinz. Der Sohn Ernst Heinrich des ehemaligen Königs von Sachsen hatte zusammen mit einem mehrfach vorbestraften Kaufmann Artur Winterfeld eine G. m. b. H. gegründet. Winterfeld ließ sich alldahin Unregelmäßigkeiten aufschulden kommen. In dem deshalb angestrenzten Prozeß, der vor dem Berliner Landgericht verhandelt wurde, behauptete Winterfeld als Angeklagter, daß der Prinz von diesen Unregelmäßigkeiten und gewissen Schiebergeschäften Kenntniß gehabt habe. Das Gericht hielt diese Behauptung für erfunden und verurtheilte den Angeklagten zu 8 Jahren Gefängniß, unter Anrechnung von 8 Monaten Untersuchungshaft, zu 10 000 Mark Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust.

Die Schlacht im Irrenhause. Zu sonderbaren Szenen, bei denen sich der seltsame Fall ereignete, daß die Insassen eines Irrenhauses Seite an Seite mit ihren Wärlern gegen die Polizei kämpften, kam es gelegentlich eines Streiks des Personals der Provinzial-Irrenanstalt von Nottingham. Die Kranken ergriffen so leidenschaftlich Partei für ihre Pfleger, daß sie einen Inspektor, der sich vergewissern wollte, ob sie nicht vernachlässigt würden, schwer mißhandelten. Der Streik endete schließlich in einer großen Schlacht, die die herbeigerufene Polizei den aus 44 Frauen und 17 Männern bestehenden Streikenden und ihren seltsamen Hilfskruppen lieferte. Wärter und Kranke hatten sich in den Mäuren der Anstalt verbarrikadiert und setzten sich mit Beisen und anderen Geräten zur Wehr. Mehrere Polizeibeamte wurden von den Irren, die während um sich bißen und trakteten, verletzt. Infolge der Erbitterung der Verrückten zog sich das Ringen mehrere Stunden hin; dann hatte man sich aller Streikenden bemächtigt und brachte sie auf Autos fort, während neues Personal sich der Irren annahm, die nur schwer zu beruhigen waren.

▣▣ **Versammlungs-Anzeiger** ▣▣

(Die Versammlungsanzeigen müssen mindestens einen Tag vor dem Erscheinungstage bei der Redaktion eingereicht werden.)

S.P.D. 5. Bezirk (Langfuhr):
Der letzte Diskussionsabend in diesem Winter findet am Mittwoch, den 3. Mai, abends 7 Uhr, beim Gen. Schmidt, Kirchauer Weg 52, statt. Gen. Vorherr wird einen Vortrag über Bernsteins: Wirtschaftswesen und Wirtschaftsmethoden halten.

Allgemeiner freier Angeklertenbund.
Am Mittwoch, den 3. Mai, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Fenebiusplatz 1/2, Zimmer 44 a, **Ufa-Sitzung.**
Gesangsverein „Sängerinn“, Danzig.

Die Gefangenenstunden finden jeden Dienstag von 7-9 Uhr für gewöhnlichen Chor, Mittwoch 7-9 Uhr für Männerchor im Restaurant zur Liebenhalle, Fleischergasse 87 statt. Außerdem noch neue Mitglieder aufgenommen werden.

„Ökonomische Statistik“

von Heinrich Heine, Eduard Mörike, Wilhelm Haas, Richard Schaffal und Hans Brand.
Auch das erste Heft des 2. Jahrgangs, der im Verlage der Meissner Stille erscheint, wodurch der Zeitschrift weiterer Verbreitung in Preussischland gesichert ist, beginnt sehr Hoffnungsvoll. Es ist dem verloren gegangenen Städtchen Grauburg und Thorn gewidmet und hat dadurch einen besonderen Reiz. Gustav Meissner, der bekannte Germanist erzählt von seiner Vaterstadt Grauburg, Paul Fischer von der feste Courdiere und vom Hoggenschäufen, H. Heuser schreibt über den „landschaftlichen Charakter der Thorer Gegend“ und Richard Schaffal bringt eine Studie über Bogumil Gole. Lyrik von Hans Rysler, Felix Dargel und des inwärtigen verstorbenen Pompeckl ergänzen das Heft.

Ueberriz erhaltlich. Fabrik: Julius Gode, Hildesheim &

FOR QUALITY RATHER
